Stand: 15.12.2025 21:53:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8696

"Asylsozialberatung sicherstellen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8696 vom 28.10.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10054 des SO vom 16.02.2016
4. Beschluss des Plenums 17/10243 vom 25.02.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 25.02.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 28.10.2015 **Drucksache 17/8696**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Asylsozialberatung sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für Asylbewerber in Bayern in der Asylsozialberatung einen Betreuungsschlüssel von 1:100 in allen Unterkünften zu gewährleisten.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit der staatliche Finanzierungsanteil erhöht werden kann.

Begründung:

Die aktuelle Situation in den bayerischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber ist massiv angespannt. Viele der Erstaufnahmen sind improvisiert. Bereits vor einem Jahr kündigte die Staatsregierung einen massiven Ausbau der Sozialberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen an. Der Ministerrat hat im September 2014 einen Betreuungsschlüssel in den Erstaufnahmeeinrichtungen von 1:100 beschlossen.

Laut Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) werden 800.000 Asylbewerber bundesweit für das Jahr 2015 erwartet. Im Hinblick auf die aktuellen Zuzugszahlen und Schätzungen kann mit dem bestehenden Personal der Bedarf nicht gedeckt und der angekündigte Schlüssel von 1:100 nicht annähernd eingehalten werden. Die Asylsozialberatung ist ein wichtiger Bestandteil der Aufnahme von Flüchtlingen und seit Jahren deutlich unterfinanziert. Da lediglich die Personalkosten, nicht jedoch Sachkosten staatlich refinanziert werden, tragen einen Großteil der Kosten der Asylsozialberatung die Träger. Für viele Träger ist der Eigenanteil mittlerweile zu hoch. Bereits im vergangenen Jahr konnten mit den bestehenden Kapazitäten lediglich 60 Prozent der ankommenden Asylbewerber durch die Beratung erreicht werden. Daher besteht dringender Handlungsbedarf.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

NIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist die Nummer I dieses Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Nummer II abstimmen. Wer der Nummer II des Dringlichkeitsantrags seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion und eine Gegenstimme aus den Reihen der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Dringlichkeitsantrags abgelehnt.

Ich gebe noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8684 bis 17/8690 und auf der Drucksache 17/8696 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Coburger Bürgerentscheid ernst nehmen - Flächenverbrauch reduzieren! Keine staatlichen Mittel für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes Coburg (Drs. 17/7274)

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Ganserer steht schon am Rednerpult. Bitte sehr, Herr Kollege.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bestehende Verkehrslandeplatz Coburg-Brandensteinsebene verfügt über eine dauerhafte Betriebsgenehmigung und könnte gegebenenfalls auch noch ertüchtigt werden.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Dadurch ist die Region Oberfranken-West ausreichend an den Luftverkehr angeschlossen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Für den Neubau eines Verkehrslandeplatzes an dem Standort Meeder-Neida gibt es keinen erkennbaren und nachgewiesenen Bedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Gegen den Neubau sprechen noch zahlreiche andere Gründe. Die enorme Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Fläche, die Eingriffe in die Schutzgüter Boden und Wasser, die Beeinträchtigung geschützter Arten, die Belastung der Anwohner durch Lärm und Luftschadstoffe führen dazu, dass dieses Projekt nicht genehmigungsfähig ist.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Deswegen haben sich 68 % der Wählerinnen und Wähler, also eine überwältigende Zweidrittelmehrheit, beim Bürgerentscheid am 14. Juni dieses Jahres für einen Austritt des Landkreises Coburg aus der Projektgesellschaft VLP Coburg GmbH ausgesprochen und damit gegen den geplanten Verkehrslandeplatz am Standort Meeder-Neida gestimmt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Aufgrund der veralteten Zahlen und der nicht berücksichtigten Punkte sind die Bau- und die Planungskostenschätzungen viel zu niedrig angesetzt. Der geplante Neubau würde die ohnehin hoch verschuldete Stadt daher einem unkalkulierbaren Haushaltsrisiko aussetzen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie bitte? Welche Stadt?)

Doch der Coburger Stadtrat hält in einer unbelehrbaren Allianz aus SPD und CSU trotz all dieser Sachargumente an diesen Plänen fest.

(Jürgen W. Heike (CSU): Oh!)

Die Unbelehrbarkeit gipfelte kürzlich in der undemokratischen Entscheidung, sich bis zum Jahr 2025 an die Projektgesellschaft zu binden und damit ein Bürgerbegehren auszubremsen, welches diesen Irrsinn stoppen wollte.

Doch die Stadt Coburg wird nicht nur von den Unternehmen in dieses Wagnis getrieben, nein, es sind auch die in Aussicht gestellten staatlichen Fördermittel von bis zu 15 Millionen Euro,

(Jürgen W. Heike (CSU): Richtig!)

die in dieses Wagnis locken. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, den Bürgerwillen ernst zu nehmen und die in Aussicht gestellte Förderzusage zurückzuziehen.

Seit der Sommerpause ist ein weiteres Argument hinzugekommen; denn das zuständige Luftamt Nordbayern hält den geplanten Neubau aus luftrechtlichen Gründen für nicht genehmigungsfähig.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Über die Frage, mit welcher Rechtfertigung die CSU-Regierung die Entscheidung des zuständigen Luftam-

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 16.02.2016 **Drucksache 17/10054**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/**8696**

Asylsozialberatung sicherstellen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Hans Jürgen Fahn**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 40. Sitzung am 26. November 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 95. Sitzung am 27. Januar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 36. Sitzung am 16. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 25.02.2016 **Drucksache** 17/**10243**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**8696**, 17/**10054**

Asylsozialberatung sicherstellen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Während die Stimmen ausgezählt werden, rufe ich zwischendrin **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Nummer 8 der Anlage zur Tagesordnung. Dies ist der SPD-Antrag betreffend "Ämter für ländliche Entwicklung stärken – Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern" auf Drucksache 17/8988, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle im Saal. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 9)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Feedbackkultur an bayerischen Schulen
Drs. 17/8407, 17/10043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umfassende Bewertung der CO_2-Emissionen in der bayerischen Energiestatistik nach Quellenbilanz und Verursacherbilanz
Drs. 17/8645, 17/10118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund
Drs. 17/8687, 17/10042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Asylsozialberatung sicherstellen
Drs. 17/8696, 17/10054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akteursvielfalt im Strommarkt erhalten – Bürgerwindprojekte weiterhin ermöglichen
Drs. 17/8759, 17/10117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mitnahmeeffekte bei Netzentgelt-Privilegien auf Kosten der Netzstabilität abschaffen
Drs. 17/8880, 17/10119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kraft-Wärme-Kopplung als stabilen Pfeiler der Energiewende gestalten
Drs. 17/8941, 17/10120 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Ämter für ländliche Entwicklung stärken − Stärkung der gleichwertigen Lebensverhältnisse im Freistaat Bayern
Drs. 17/8988, 17/10048 (A)

Über den Antrag wird gesondert abgestimmt.

9. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Ergänzungsprüfungen nach § 32 Notfallsanitätergesetz (NotSanG)
Drs. 17/9623, 17/10039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Evaluation der Änderung des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes
Drs. 17/9831, 17/10037 (E)

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER haben gemäß §126 Abs. 3 BayLTGeschO beantragt, das Votum des mitberatenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege der Abstimmung zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Klaus Stöttner, Oliver Jörg, Klaus Steiner u.a. CSU
Nutzung des Inseldoms auf Herrenchiemsee
Drs. 17/8891, 17/9950 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen,
Andreas Lotte u.a. SPD
Angleichung der Eintrittspreise für Bayerische Schlösser und Museen
Drs. 17/9531, 17/9957 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerbetrug aufklären: Bericht über Cum-Ex-Geschäfte bayerischer Banken
Drs. 17/9547, 17/9958 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Causa Bayern-Ei unverzüglich aufklären
Drs. 17/9598, 17/9939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.a. SPD
Salmonellenskandal: Endlich Aufklärung und Konsequenzen statt Verschleierung und Weitermachen wie bisher
Drs. 17/9578, 17/9938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Angelika Weikert, Kathi Petersen u.a. SPD
Alleinreisende Flüchtlingsfrauen als solche registrieren!
Drs. 17/8720, 17/10056

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

17. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Nachtragshaushalt − und nun?
Drs. 17/9378, 17/10001

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.